

Neue Presse

Neue Presse Redaktion GmbH & Co. KG
August-Madsack-Straße 1, 30559 Hannover

www.neuepresse.de
np@neuepresse.de

Telefon: (05 11) 5101 - 0

Herausgeber:

Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG
Geschäftsführung: Thomas Düffert (Vors.),
Adrian Schimpf, Benjamin Schrader

CHEFREDAKTEUR

Carsten Bergmann, Sven Holle (Stv.)
Mail: chefredaktion@neuepresse.de

CHEF VOM DIENST

Zoran Pantic, Harald Thiel

PRODUKTIONSLEITUNG

Sönke Lill

REPORTERCHEF

Fabian Mast

NEWSDESK

Katharina Klehm, Verena Koll, Michael Lange,
Christian Lomoth, Christof Perrevoort (RvD),
Martin Voss

GRAFIK

Sigrun Fleischhauer

SPORT

Jonas Freier (Koordination), Uwe von Holt

MARKETING

Christoph Dannowski

KULTUR

Stefan Gohlisch, Henning Queren

LEBEN & MENSCHEN

Julia Braun, Andrea Tratner

FOTO

Rainer Dröse

REPORTER

Ulrich Bock, Christian Bohnenkamp,
Mirjana Cvjetkovic (Gesellschaft),
Stefan Dinse, Christoph Hage, Ralph Hübner,
Maik Jacobs, Josina Keiz, Simon Lange,
Britta Lüers, Britta Mahholz, Thomas Nagel,
Petra Rückerl, Jonas Szemkus,
Dirk Tietenberg, Andreas Voigt,
Andreas Willeke, Eric Zimmer

SEKRETARIAT

Telefon: (0511) 5101 - 2265

Mail: hannover@neuepresse.de

Die Neue Presse ist Partner im Redaktions-
Netzwerk Deutschland (RND).

Chefredakteur: Marco Fenske

stv. Chefredakteurin: Eva Quadbeck

Mitglieder der Chefredaktion:

Christoph Maier, Jasmin Off

Anzeigen:

Günter Evert (verantwortl.)

Verlag:

Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG

Kleinanzeigenaufnahme Privatkunden:

(08 00) 123 44 01*, www.neuepresse.de

Kleinanzeigenaufnahme Geschäftskunden:

(08 00) 123 44 02*, www.neuepresse.de

Fax Kleinanzeigen: (08 00) 123 44 10*

Abonnenten-Service:

(08 00) 123 43 04*

Fax Abo-Service: (08 00) 123 43 09*

*kostenlose Servicenummer

Die Neue Presse erscheint werktäglich.

Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch
Zusteller für die gedruckte Zeitung 43,90 € im
Monat (einschl. Zustellkosten und Mehrwert-
steuer, inklusive E-Paper 47,90 Euro). Bei
Lieferung durch die Post entstehen weitere
Kosten. Der monatliche Preis für das E-Paper
liegt bei 34,90 €.

Abonnements können täglich mit einer
Monatsfrist gekündigt werden.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des
Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird
keine Gewähr übernommen. Rücksendungen
nur, wenn Porto beiliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für das
Mahnverfahren und im Verkehr zu Vollkaufleu-
ten Hannover.

Alle Rechte vorbehalten.

Die Zeitung ist in allen ihren Teilen urheber-
rechtlich geschützt. Ohne vorherige
schriftliche Genehmigung durch den Verlag
dürfen diese Zeitung oder alle in ihr
enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder
vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt
ebenso für die Aufnahme in elektronische
Datenbanksysteme und die Vervielfältigung
auf CD-ROM.

Leserbriefe stellen nicht die Meinung der
Redaktion dar. Das Recht auf Kürzungen bleibt
vorbehalten.

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 82.

Druck:

Oppermann Druck- und

Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,

Gutenbergstraße 1, 31552 Rodenberg

Hier geht

es zur

NP-App:



GEW fürchtet Stundenausfall

10.000 Beschäftigte fehlen in Niedersachsen, darunter 7000 Lehrkräfte. 20 Prozent der Stellen frei.

VON SASKIA DÖHNER

HANNOVER. Im neuen Schuljahr, das in Niedersachsen am Donnerstag für rund eine Million Schülerinnen und Schüler beginnt, fehlen nach Einschätzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) rund 10.000 Beschäftigte, darunter rund 7000 Lehrkräfte, an den landesweit rund 3000 Schulen. Gerade einmal 80 Prozent der ausgeschriebenen Stellen seien bislang besetzt, sagte GEW-Chef Stefan Störmer gestern. Selbst wenn alle Stellen besetzt wären, werde der echte Bedarf nicht gedeckt: „Die Schulen haben überhaupt keine Vertretungsreserve, obwohl wir das seit Jahren fordern, es kann nicht sein, dass Schulen schon ein Problem haben, wenn eine Grippewelle kommt, von Corona ganz zu schweigen.“

Wie schon zum Ende des vergangenen Schuljahres befürchtet die GEW auch im neuen Schuljahr massive Unterrichtsausfälle. An den Schulen fehlten nicht nur Pädagogen, sondern auch Sozialarbeiter, Erzieher und pädagogische Mitarbeiter. Die Unterrichtsversorgung werde rein rechnerisch vermutlich bei rund 97 Prozent liegen. Die rund 105.000 Beschäftigten müssten die bildungspolitischen Versäumnisse von CDU, SPD, FDP und Grünen aus den vergangenen 20 Jahren ausbaden. Gleichzeitig würden in diesem Schuljahr wegen der Ukraine-Flüchtlinge, zurückgestellter Schulanfänger aus dem Vorjahr und allgemein gestiegener Schülerzahlen rund 32.000 Schüler mehr im System erwartet.

Ohne weitere Investitionen in die Bildung werde es nicht gehen, sagte Störmer. Unmittelbar nach der Landtagswahl im Oktober sollte die neue Regierung auf die Opposition zugehen und parteiübergreifend einen Nachtragshaushalt über eine Milliarde Euro beschließen, der dann verstetigt werde.

Die Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen und den Studienseminaren müssten erhöht werden, for-



ÜBEN KRITIK ZUM SCHULSTART: Holger Westphal (links) und GEW-Landeschef Stefan Störmer.
Foto: Nancy Heusel

derte GEW-Vize Holger Westphal. Derzeit bilde das Land nicht einmal für den eigenen Bedarf aus. So seien in diesem Sommer nur 1470 Referendare fertig geworden, während 2300 offene Stellen an den Schulen ausgeschrieben worden seien.

Besorgniserregend sei, dass an den allgemeinbildenden Schulen nur ein Viertel der Lehrkräfte bis zum Renteneintrittsalter im Job bleibe, mahnte Störmer. An den Berufsbildenden Schulen seien es nur 21 Prozent. Rund 55 Prozent der Pädagogen, die vorzeitig aus dem Dienst scheideten, nähmen dafür Kürzungen bei den Altersbezüge in Kauf, an den Berufsschulen seien es sogar 63 Prozent: „Auf Geld zu verzichten ist hart“, sagte Störmer, „aber das ist eine Exitstrategie, die Menschen gehen, weil sie nicht mehr

können.“ Knapp ein Fünftel scheidet wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig aus.

Um die Lehrkräfte länger gesund im Job zu halten, müssten die Arbeitsbedingungen besser werden. Dazu gehöre eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung: Grundschullehrkräfte sollten nur 27 statt 28 Wochenstunden unterrichten und die Stunde Altersermäßigung solle nicht erst für Lehrer ab 60, sondern bereits ab 55 Jahren gelten. Außerdem müssten alle Lehrkräfte nach A 13 bezahlt werden.

Auch Julia Willie Hamburg (Grüne) fordert mehr Studienplätze und bessere Arbeitsbedingungen an Sekundarschulen. Über einen sogenannten Sozialindex sollen Schulen in sozialen Brennpunkten eine bessere Lehrerausstattung erhalten. Hamburg sagte: „Wir werden den Personalmangel an unseren Schulen nicht kurzfristig beheben können. Umso entscheidender ist es, jetzt konsequent Maßnahmen für die Zukunft zu ergreifen. Denn das Maßnahmenpaket des Kultusministers greift deutlich zu kurz.“ Und Björn Försterling (FDP) findet, das Schulsystem in Niedersachsen bleibe weit hinter dem Bildungsanspruch eines modernen Landes zurück. „All das ist absolut inakzeptabel.“



DIIE STÜHLE BLEIBEN OBEN: Die Gewerkschafter befürchten erneute Unterrichtsausfälle.
Foto: Caroline Seidel-DiBmannel

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUM SCHULSTART

Warum ist das neue Schuljahr nach Ansicht der Bildungsverbände ein „Schwieriges“?

Das Hauptproblem: Es gibt zu wenig Lehrer, während gleichzeitig die Schülerzahlen steigen. Besonders dramatisch ist die Lage auf dem Land und dort vor allem an den Haupt-, Real- und Oberschulen. So weist Torsten Neumann vom Verband Niedersächsischer Lehrkräfte darauf hin, dass beispielsweise im Celler Bereich von 67 ausgeschriebenen Stellen lediglich 29 besetzt werden, das entspricht einer Quote von 43 Prozent. Betroffen seien zunehmend auch die Grundschulen. Lediglich 32 Prozent der ausgeschriebenen Stellen hätten besetzt werden können. Der GEW-Chef Stefan Störmer sagte gestern in Hannover, 46 Prozent der Grundschulen in Niedersachsen seien auf Abordnungen angewiesen, das heißt auf Lehrkräfte von anderen Schulen, die ausfallen.

Wie wird sich der Lehrermangel auswirken?

Gemeinhin wird im neuen Schuljahr wieder mit massivem Unterrichtsausfall gerechnet. Schon Ende des vergangenen Schuljahres hatten sich Elternverbände darüber beklagt, das reihenweise Unterricht ausfiel. Eine Grundschule in Seelze-Letter musste Klassen ins Distanzlernen

schicken, weil die Lehrkräfte schlicht fehlten.

Ist der Lehrermangel kurzfristig zu beheben?

Kultusminister Grant Hendrik Tonne will über besondere Anreize Bewerber in strukturschwache Gegenden locken. Wer eine Stelle antritt, die in der ersten Runde nicht besetzt werden konnte, erhält 24 Monate lang bis zu 400 Euro Prämie monatlich. Und Referendare an Haupt- und Realschulen oder angehende Sonderpädagogen erhalten von August an 300 Euro monatlich als Bonus. Beschäftigte monieren allerdings, dass man das Geld zurückzahlen muss, wenn man durchfällt oder nach dem Vorbereitungsdienst nicht unverzüglich eine Stelle antritt.

Was wirkt langfristig gegen den Mangel?

Nach Ansicht der Lehrverbände vor allem eine bessere Besoldung: Auch die Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen sollten endlich nach A 13 bezahlt werden. Zudem müssten mehr Studienplätze angeboten werden. Dazu sei eine bessere Abstimmung zwischen Kultus- und Wissenschaftsministerium nötig.

Die Unterrichtsversorgung wird wohl bei 97 Prozent liegen. Ist das wirklich ein Drama?

Die GEW weist darauf hin, dass der statistische Wert nicht die Wirklichkeit abbildet. Krankheiten, Schwangerschaften oder Elternzeiten seien gar nicht erfasst. Damit man auch im Krankheitsfall Unterricht anbieten könne, sei eine sogenannte Vertretungsreserve nötig, sagt Stefan Störmer, aber die gebe es nicht. So könne es schon bei einer Grippewelle zu Unterrichtsausfall kommen.

Eine Maskenpflicht gibt es nicht, Selbsttests an den ersten fünf Schultagen sind dringend empfohlen, aber keine Pflicht. Reicht das zum Schutz vor dem Corona-Virus?

Gerade nach den Reise-tätigkeiten in den Sommerferien seien flächendeckende Tests eine gute Strategie, um Corona-Herde schnell aufzudecken, sagt der stellvertretende Vorsitzende der GEW, Holger Westphal. Es wäre auch gut, wenn viele Schüler und Lehrkräfte freiwillig Masken trügen, um vulnerable Menschen zu schützen. Das sei ein Akt der Solidarität. Für eine verbindliche Test- oder Maskenpflicht fehle allerdings die Rechtsgrundlage. Der Kultusminister habe mit Augenmaß und besonnen in der Corona-Krise agiert, findet Störmer, dabei aber andere wichtige Probleme wie die Personalnot außer Acht gelassen. *dd*

Einschulung macht nicht alle glücklich

Gastronomen haben nicht genug Personal für alle Reservierungen. Käßmann mahnt zu Augenmaß.

VON CHRISTOF PERREVOORT

HANNOVER. Oma und Opa sind dabei, oftmals auch Tanten und Onkel: Am Wochenende werden in Niedersachsen fast 85.000 Kinder eingeschult. In der Region Hannover werden es rund 14.000 sein. Viele Familien feiern das im großen Rahmen, laden zum Restaurantbesuch ein. Deshalb sind viele Gaststätten in der Region am Wochenende ausgebucht. Aber nicht alle Gastronomen sind glücklich über diesen Tag, der eigentlich hohe Umsätze verspricht.

So berichtet etwa Jana Krecklow vom Waldgasthaus Entenfang in Stöcken: „Die Reservierungslage ist gut.

Am Einschulungstag haben wir mittags drei Einschulungen und abends eine große Hochzeit. Mehr Anfragen konnten wir leider nicht annehmen. Wir könnten viel mehr Tische annehmen, wenn wir mehr Personal hätten.“ Es sei aber besser als im vergangenen Jahr, weil es derzeit keine Corona-Einschränkungen gebe.

Auch Sascha Grauwinkel von der Schlossküche Herrenhausen kann nicht klagen: „Im Restaurant sind wir mit verschiedenen Feiern von klein bis größer ausreserviert. Das ist eine Steigerung von 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Es liegen auch schon viele Bestellungen zur Lieferung von Torten



FÜR DIE SCHULTÜTE: „Schulkind 2022“. Am Sonnabend geht's los für rund 85.000 Kinder in Niedersachsen.
Foto: Hammerschmidt

und Brunchboxen vor.“ Zufrieden sind auch Regina und Rainer Berndt vom Hotel-Restaurant Öhlers in Ronnenberg. „Bei uns sind zwei kleine Feiern anlässlich der Einschulung fest reser-

viert, zwei weitere wurden aufgrund von Corona-Erkrankungen abgesagt. Trotzdem würden wir die Reservierungslage besser einstufen als im letzten Jahr, die Gäste sind entscheidungs-

cherer“, meint Rainer Berndt. „Alles in allem sind wir zufrieden, es gibt viele kurzfristige Reservierungen, die das kompensieren.“

Auf kurzfristige Reservierungen hofft auch Tanja Machledt von der Alten Hahnenburg in Kirchrode: „Die Zahl der Reservierungen ist geringer als im vergangenen Jahr. Ich denke, das ist den extrem gestiegenen Kosten für Energie und Lebenshaltung zuzurechnen. Die Leute versuchen zu sparen, wo es eben geht.“

Die evangelische Theologin Margot Käßmann mahnt bei Einschulungsfeiern zu Augenmaß. „Ja, Schulanfang ist ein besonderer Schritt. Aber Protz- und Prunkfeste

müssen nicht sein“, schreibt die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in ihrer Kolumne in der „Bild am Sonntag“. Die frühere hannoversche Landesbischofin warnte davor, „von Anfang an das Miteinander auf Augenhöhe“ zu zerstören: „Wer nicht mithalten kann, wird zum Außenseiter, bevor die erste Unterrichtsstunde begonnen hat.“ Und weiter: „Kinder freuen sich auch über einen selbst gebackenen Kuchen und brauchen keine Statussymbole“, findet die 64-Jährige und rät: „Also, liebe Eltern, fahrt mal runter und macht euch einen entspannten, schönen Tag mit dem Nachwuchs.“